

Leipziger Tageblatt

und

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 265

Haupthaus: Dr. Coerth, Leipzig

Donnerstag, den 10. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Sächsische Neuwahlen erst im September

Nur formeller Rücktritt der sächsischen Regierung

△ Dresden, 10. Juni. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Der Vorkonferenzrat der sächsischen Volkshammer beschloß heute mit der durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffenen Lage in Sachsen. Das Gesamtministerium wird Ende nächster Woche wahrscheinlich seinen formellen Rücktritt der Volkshammer anzeigen, aber die Geschäfte bis zu den Neuwahlen weiterführen. Es steht auf dem Standpunkt, daß die jetzige Volkshammer aber noch erst die dringenden Arbeiten wie Etat, Wahlgesetz, Verfassung und Gemeindefreieigentum erledigen muß, um die Fortführung der Arbeiten zu ermöglichen. Die Demokraten sind einhellig der Ansicht, daß den durch die Reichstagswahlen geschaffenen veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden muß, daß also die Demission des Gesamtministeriums zu erfolgen hat und Neuwahlen stattfinden müssen. Sie schloßen sich der Ansicht an, daß die als notwendige Arbeiten bezeichneten Vorarbeiten erledigt werden könnten, wenn, wie wir bereits meldden, alle Parteien damit einverstanden wären. Diese Übereinstimmung aller Parteien, sowohl der Deutschen als auch der Volkshammer, ist in der heutigen Sitzung des Vorkonferenzrates erfolgt, wobei die Unabhängigen nur die Frage offen ließen, ob die Verfassung noch zurückbleiben sollte. Somit dürfte also die Volkshammer, wie beabsichtigt, bis Mitte Juli tagen und ihre wichtigsten Aufgaben erledigen. Dann dürfte die Auflösung erfolgen. Neuwahlen werden aber wegen der Ernte und auch wegen der Ferien und aus technischen Gründen nicht vor September stattfinden können.

Eine Erklärung der Regierungsparteien

△ Dresden, 10. Juni. (Drahtbericht uns. Dresdener Schriftleitung.) Die beiden Regierungsparteien, die Demokraten und Mehrheitssozialisten, veröffentlichten folgende offizielle Erklärung:

Die beiden sächsischen Regierungsparteien sind gewillt, die Folgerungen aus dem Ergebnis der Reichstags-

wahlen zu ziehen. Man wird deshalb die Regierungsbildung im Reich abwarten haben. Die jetzige Kammermehrheit ist der Meinung, daß die Wahl zum neuen Landtag ungeschuldet vorzunehmen ist, sobald die dringendsten Vorlagen, die im Interesse des Landes liegen, erledigt sind. Im besonderen müssen die Verfassung, zu deren Erledigung die Kammer gewählt worden ist, und die in überdrückter Woche zu erwartende Wahlgesetzvorlage, sowie das Landesenergiegesetz für die Gemeinden verabschiedet werden.

Wie wir hören, werden die Staatsdebatten und die Aussprache über die politische Lage wahrscheinlich in der überdrückten Woche beginnen.

Spa abermals verschoben?

Paris, 10. Juni. (Drahtbericht.) Sowohl „Journal“ wie „Petit Parisien“ sprechen heute von der Möglichkeit einer nochmaligen Verschiebung der nun auf den 3. Juli festgesetzten Konferenz von Spa. „Journal“ stellt sogar die Frage, ob man überhaupt nach Spa gehen solle, und ob nicht etwa die Lage, die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffen sei, ohne von anderen Hindernissen zu sprechen, den Weg nach Spa verstopfe. — Nach „Petit Parisien“ müsse man feststellen, daß die Alliierten von einem wirklichen Einverständnis untereinander noch weit entfernt seien.

Amsterdam, 10. Juni. (Drahtbericht.) Im englischen Unterhause fragte ein Mitglied, ob auf der Konferenz von Spa die beschlossenen Punkte, daß, wenn Deutschland es unterlasse, die Bestimmungen des Versailles-Vertrages zu erfüllen, die Belegung durch die Alliierten auf weiteres deutsches Gebiet ausgedehnt werde. Lord George erwiderte, diese Frage sei in Höhe nicht erörtert worden. Die Politik der Alliierten, wie sie in der Erklärung von San Remo festgelegt sei, habe sich nicht geändert.

Die Verhandlungen mit Krasin abgebrochen

London, 10. Juni. (Drahtbericht.) Da Krasin die von England verlangten Garantien bezüglich der Freilassung der Gefangenen sowie auf Unterlassung der Propaganda in den Entente-Ländern nicht geben konnte, wurde die Zusammenkunft zwischen Krasin und den Delegierten des Wirtschaftsrates der Alliierten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Alandsinseln

H. G. Die Melodie des Säbelraffens gefällt nicht nur der feiglichen Entente und einer Minderheit unbeherrschter Deutschen, es tönt als schmerzweckendes Lied auch in anderen Ohren. Augenblicklich sind Schweden und Finnland dabei, sich von ihm betören zu lassen. Es handelt sich, kurz gesagt, um die Alandsinseln. Sie liegen zwischen Finnland und Schweden im nordöstlichen (Botnischen) Meerbusen der Ostsee und sind im ganzen von etwa 23 000 Menschen, in ihrer großen Mehrzahl offenbar Schweden, bewohnt. Die Hauptinsel Åland selbst zählt etwa 7000 Einwohner, rund 1500 von ihnen leben in der einzigen Stadt der Inseln, in Mariehamn, wo auch die Provinzialverwaltung und Verwaltung untergebracht sind. Die übrigen 16 000 leben auf den etwa 80 kleinen Inseln, die in ihrer Gesamtheit eine Art Landbrücke zwischen Finnland und Schweden darstellen.

Der Streit um die Inseln ist alt, die letzte wesentliche Veränderung in ihrem Schicksal hat sie im Jahre 1809 erlitten, als sie von dem napoleonischen Schweden an das damals noch neutrale Rußland abgetreten wurden. Sie spielten dann im Krimkrieg eine Rolle, als sie von den Verbündeten erobert und die kleine Festung Bomarsund geschleift wurde. Rußland verpflichtete sich im Pariser Frieden von 1856, die Inseln nicht zu besetzen; erst während des Weltkrieges versuchte man, im Einvernehmen mit der Entente, diese Bestimmung außer Kraft zu setzen, doch kamen die daraufhin von Schweden eingeleiteten Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis. Stillschweigend mögen jedoch von Rußland Besetzungen, und vor allem Minenketten, angelegt worden sein. Nach Ausbruch der russischen und später der finnischen Revolution ergab sich mit einiger Selbstverständlichkeit, daß auch die Alandsinseln das verhasste russische Joch abwerfen; schon kurz vorher hatte eine von privater Seite eingeleitete Unterschriften-Volksabstimmung mit sehr großer Mehrheit dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Inseln mit Schweden zu vereinigen.

Schon bald nach Ausrufung der finnischen Selbständigkeit zeigte es sich, daß der Zusammenhalt zwischen Finnland und den Inseln nur einseitig von Finnland gewünscht wurde, doch blieben bisher alle Versuche der Inselbewohner, Finnland zu einer Änderung seiner Stellungnahme zu bewegen, umsonst. Finnland hatte auch anderes zu tun. Galt es doch, zuerst im Innern des Landes die Ordnung herzustellen und die eingedringenden Bolschewisten zu vertreiben. Und als dies mit Hilfe deutscher Truppen unter ungeheuren Mühen gelungen war, brühte man alle Hände voll zu tun, um wirtschaftlich nicht zu ertrinken, zumal da im nahen Ostland und in den anderen Ostseeprovinzen der Krieg und die ewigen Unruhen weiter andauerten. Während dieser Zeit der inneren Auseinandersetzungen spielte eine nicht geringe Rolle auch der Kampf zwischen Schweden und Finnern im eigenen Lande, sie stehen sich dort etwa im Verhältnis von 2 : 3 gegenüber. Es würde zu weit führen, die Einzelheiten dieses Kampfes zu beschreiben, nicht unwichtig für die weitere Beurteilung der Sachlage ist die Tatsache, daß dieser Gegensatz auch bei der Nichtwiederwahl des Präsidenten Mannerheim — er entfiel einstimmig ebenfalls einer schwedischen Familie — eine Rolle spielte.

Als Finnland die unentwegt vorgetragenen Wünsche der Aländer immer stärker werden sah, ging man im Helsingforsker Parlament daran, unter Mitberatung der schwedischen Parteien ein Selbstverwaltungsrecht für Åland zu entwerfen. Es scheint aber den Aländern nicht zu genügen, jedenfalls haben sie eine Anerkennung des Gesetzes im Laufe des Monats Mai rundweg abgelehnt. Diese scharfe Geste ist der Ursprung der jetzigen Verschärfung der Lage. Ihr folgte von finnischer Seite eine ebenso scharfe Antwort, und die Aländer schickten daraufhin eine aus 25 schwedischen Inselbewohnern zusammengesetzte Delegation nach Schweden, um Hilfe zu erbitten. Sie fand in Stockholm auch in Regierungskreisen sehr warme Aufnahme, ein Zeichen dafür, daß das königlich-sozialistische Kabinett Branting durchaus nicht abgeneigt ist, außenpolitisch Schwedens nationale Wünsche zu berücksichtigen. Mag sein, daß die Stellungnahme der schwedischen Regierung außerdem durch Berichte beeinflusst war, die zu erzählen wußten, daß der König von Schweden auf einer in die Ententeländer unternommenen Erholungsreise bei den Ententediplomaten ein williges Ohr für die Aländwünsche Schwedens gefunden habe. Kurz, der Empfang der Delegation war so warm, daß daraufhin eine stark abgekühlte finnische Note einlief, in der die schwedische Regierung aufgefordert wurde, die Interessenvertretung finnischer Staatsbürger Finnland zu überlassen. Schweden antwortete am 3. Juni, die Aländer hätten schon seit langem einstimmig dem Wunsch Ausdruck gegeben, ihr Schicksal selber zu bestimmen, sie sehe dieses Verlangen nach Selbstbestimmung als durchaus berechtigt an. Die finnische Regierung entsandte zur selben Zeit eine Regierungsvertretung unter Führung des Ministerpräsidenten Erich und zweier Generale nach Åland, um mit den Inselbewohnern zu verhandeln; doch scheiterten die Verhandlungen, und die Führer der Selbständigkeitsbewegung wurden gefangen gesetzt.

Was weiter werden soll, weiß man wohl weder in Schweden noch in Finnland genau. Die schwedische Regierung hat den Reichstag zu vertraulichen Besprechungen einberufen, in Finnland rüffel man zur bewaffneten Intervention auf den Alandsinseln, falls diese ihre Losreisungsabsichten in die Tat umsetzen sollten. Man beruft sich dabei, vielleicht mehr als gut ist, auf sein geschlossenes Schwert, d. h. die finnischen Blätter bringen ausführliche Vergleiche zwischen der guten artilleristischen Ausrüstung der kriegserprobten finnischen Armee und den schwedischen „Sports“-Truppen. Undurchsichtig bleibt, wie weit bei der ganzen Aufstachelung der Gemüter etwa Einflüsse von außen miteingewirkt sind. Bekannt ist, daß in Finnland zurzeit die englischen Interessen sehr vorherrschen; der gesamte finnische Holzerport ist von England aufgekauft, auch der größere Teil der Einfuhr kommt aus England. Im Gegenzug hat der schwedische König seine Reise nach Frankreich gemacht, auch

Italienische Dauerkrise

Es ist noch in unfer aller Erinnerung, welche Schwierigkeiten Ritti zu überwinden hatte, um sein drittes Kabinett zu bilden. In geschickter Anpassung an die Parteikonstellation und durch kluge Uebernahme führender Männer aus allen Parteien, ausgenommen die extremen links und rechts, glaubte er ein einigermaßen befähigtes Kabinett zu schaffen. Darin hat er sich nun nach achtzehntägiger Lebensdauer seiner dritten Regierung getäuscht gesehen. Die Gründe für die erneute schwere Krise sind parteipolitisch, innen- und außenpolitisch Natur.

Parteipolitische: Die Hauptstützen dieses Kabinetts, die (katholische) Volkspartei Popolari waren nur mühsam, durch beträchtliche Zugeständnisse, für das dritte Kabinett Ritti gewonnen worden. Die Gegnerschaft aber in ihren Reihen selbst gegen die Beteiligung am Kabinett war nicht zum Schweigen gekommen, vielmehr im Stillen weiter gewachsen. Jede innenpolitische oder außenpolitische Schwierigkeit gab dieser Gegnerschaft neue Kraft, da ja, wie wir lehrten nachgewiesen hatten, der Partei-popolare in einem eifrigen Wettbewerb mit der sozialistischen Partei um die Gunst der Massen steht. Auf der anderen Seite sah sich Ritti auch in der Hoffnung getäuscht, die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Radikalen und den Katholiken durch die Beteiligung der beiden Parteien am Kabinett auszugleichen. Gerade die Freimaurerkreise, die parlamentarisch zu den Liberaldemokraten und Radikalen gehören, haben sich in den letzten Tagen mehr denn je gerührt. Sie werfen den Kabinettsmitgliedern der bürgerlichen Linken vor, durch ihre Zusammenarbeit mit den Popolari die völkischen Interessen zu vertreten. Die Sozialisten hingegen kommen, was bei den innenpolitischen Schwierigkeiten kein Wunder ist, mehr und mehr ins radikale Fahrwasser, und die extreme Rechte steht in einer Opposition, die infolge der außenpolitischen Ereignisse der letzten Zeit nur verschärft worden ist.

Wie das zweite Kabinett Ritti über die Not der Post- und Telegraphenangelegten zu Fall gekommen ist, so das dritte Kabinett über die Frage der Wotpreiserhöhung. Bekanntlich hatte der Staat, um den Massen den Lebensunterhalt etwas zu erleichtern, einen Teil des Wotpreises auf seine Kasse übernommen. Dieser Zuschuß geht nunmehr in die Milliarden, und deshalb war das Kabinett bestrebt, durch eine Erhöhung des Wotpreises von 1 auf 1 1/2 Lire für das kilo dieser fortwährenden Neubelastung der Staatskasse ein Ende zu machen. Aus zwei Gründen erhoben sich sofort die Schwierigkeiten gegen den Beschluß des Kabinetts. Einmal ist das Parlament grundsätzlich dagegen, daß das Kabinett in so weitgehendem Maße mit königlichen Verordnungen regiert. Das Parlament will gefragt sein, und steht in den königlichen Verordnungen eine Herabminderung seiner Macht. Kein anderer als Giolitti war es, der energisch die Abkehr von der Methode jener Verordnungen verlangt hat. Aber diese parlamentarischen formalen Gesichtspunkte hinaus hat aber natürlich die Wotpreiserhöhung die an und für sich schon starke Erregung in den Massen in bedenklicher Weise aufgepeitscht. In Bari ist es zum Aufruhr und zum Streik gekommen, und ebenso haben in Rom die Arbeiter und Angestellten durch Arbeitseinstellung gegen diese Erhöhung des notwendigen Lebensmittels protestiert. Es ist kein Wunder, daß die Sozialisten diese Erregung sofort aufgriffen, um gegen Ritti Sturm zu machen. Ihm waren sie schon deshalb gram, weil er die von den Katholiken jährlich umgebenen Weihen Arbeiterorganisationen beschützt hat. Nun war für sie der Zeitpunkt des Handels gekommen. Sie brachten einen Antrag ein, nachdem die Kammer sich weigern sollte, die Regierungserklärung überhaupt nur anzuhören. Andererseits aber verjachten die Sozialisten gerade die katholische Volkspartei als diejenige hinzustellen, die die völkische Wahnvorstellung der Wotpreiserhöhung zu verantworten habe. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Popolari selbst mit in die Opposition traten. Die Angst vor den Stimmungen der Masse schmeißt in diesem Falle

ämtliche Parteien zu einer geschlossenen Gegnerschaft gegen Ritti in dem Augenblick zusammen, da er sein neues Kabinett der Kammer vorstellen wollte.

So kam es, daß das Kabinett Ritti zurücktrat an dem Tage, an dem es zum ersten Male vor der Kammer erschien, und zwar ohne daß ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum in der üblichen parlamentarischen Weise die weitere Existenz des Kabinetts bestimmt hätte. Ritti hatte schon vorher die Hoffnungslosigkeit seiner Lage erkannt und daraus die Folgerungen gezogen.

Weshalb ist es nicht die innenpolitische Lage allein. Nachdem sich vor einiger Zeit der italienischen Kolonialpolitik in Tripolis Widerstände entgegengekehrt hatten, lauchten nunmehr am albanischen Himmel neue Wolken auf. Nach den jüngsten Meldungen bedrohen die aufständischen Albaner schon Valona, und Josten hat Mühe, die Lage dort zu behaupten. Ob die Albaner von den Jugoslawen aufgebeutet oder materiell unterstützt werden, kann vorläufig noch nicht festgestellt werden. Unwahrscheinlich ist es jedoch nicht, im eigenen Lande aber sind neuerdings die Sozialisten überhaupt gegen jede außenpolitische Unternehmung. Das geht so weit, daß der Seelenstreich von Tarent Truppen und Munition für Albanien zurückgehalten hat. Die Sozialisten sehen also ihre Feindschaft gegen alle außenpolitischen Unternehmungen in die Propaganda der Tat. Um alledem kommt nun auch noch die Verwirrung in der Entscheidungssache, die in den Vorbereitungen für Spa behandelt worden ist. Italien hält sein Ansehen an den Entscheidungen für zu gering. Und die Entlastung richtet sich, da man der Entente gegenüber machtlos ist, gegen das eigene Kabinett. Die Schwierigkeiten häufen sich demnach in bedrohlichem Maße, und der Nachfolger Rittis tritt ein schweres Erbe an. Orlando, der Kammerpräsident, hat sein Amt niedergelegt; viele mutmaßen, daß er auf den Posten des Ministerpräsidenten trete. Aber das Kaliber dieses Politikers dürfte nicht ausreichen, um der italienischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir glauben vielmehr, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo Giolitti wiederum auf die politische Bühne tritt.

Reichsbürgerratstagung in Leipzig

Uns wird geschrieben:

Vom 2. bis 4. Juli findet in Leipzig die diesjährige Bundesversammlung des Reichsbürgerrats statt, zu der angegebene Vertreter der Bürgerräte und Bürgerausschüsse aus allen Teilen des Deutschen Reiches erwartet werden. Neben den Verhandlungen, die den 3. und 4. Juli ausfüllen werden, sind ein Vegrüßungsabend im Palmengarten am 2. Juli und eine Versammlung mit Ansprache, musikalischen und anderen künstlerischen Darbietungen im Großen Saal des Zoologischen Gartens am 3. Juli geplant, zu denen die Mitglieder des Leipziger Bürger-Ausschusses gegen Vorgezogen ihrer Mitgliedschaft Zutritt haben. Das nähere Programm wird noch bekanntgegeben werden. — Da die Gastliste in der Reisezeit erfahrungsgemäß überfüllt ist, bittet der Leipziger Bürgerausschuß seine Mitglieder und die Bürger der Stadt, die seine Bestrebungen unterstützen wollen; Bürgerquartiere für die Teilnehmer an dieser Tagung zur Verfügung zu stellen. Da die Mitglieder am 3. und 4. Juli gemeinsam eingenommen werden sollen, handelt es sich nur um Unterbringung für 1 oder 2 Nächte. Der Leipziger Bürgerausschuß, Leisingstraße 14, Erdgeschoss, bittet schriftlich oder durch Fernsprecher (12 145, 17 424) um Mitteilung, welche Familien sich bereit erklären, Gäste, möglichst unentgeltlich, aufzunehmen.

Ministerpräsident Dr. Brüning gilt ja als besonderer Freund des französischen Wesens. Bemerkenswert ist immerhin, daß eine englische Flotte nach der Ostsee unterwegs ist. Zweifelloser wird die Landfrage in Kürze auch den Obersten Rat beschäftigen, obwohl sie eigentlich nach Lage der Dinge ein Fall wäre, wie kein anderer geeignet, den Völkerverbund zu fruchtbringender Tätigkeit anzuregen.

Für Deutschland gibt es in der Angelegenheit eigentlich nur eine Stellungnahme. Wir sollten bestrebt sein, den beiden uns nahe befreundeten Staaten eine Lösung nahezu legen, die geeignet ist, den Streit ohne nachbleibenden Groll zu schlichten. Es ist zweifellos für Finnland schwer, auf die Inseln zu verzichten, doch scheint es bei Berücksichtigung der ganzen Lage kaum zweifelhaft, daß der Wille der Inselbewohner selbst maßgebend sein muß. Das um so mehr, als diese ihren starken Willen immer von neuem kundgeben, obgleich ihnen eine leicht auszumachende Rechnung sagen müßte, daß sie wirtschaftlich unter dem Anschluß an Schweden zum Teil schwer leiden würden. Sieht man selbst von dem recht einträglichen Schmuggelverkehr der Inseln ab — das prohibitionsfreie Finnland erhält seinen ganzen ungeheuren Alkoholbedarf über die Inseln —, der unter der straffen schwedischen Herrschaft kaum mehr im bisherigen Umfang blühen könnte, der schlechte Stand der finnischen Valuta gegenüber der reinen schwedischen Goldwährung erleichtert den Anschluß in wirtschaftlicher Beziehung sicher nicht. Wenn Schweden die Inseln ohne Kampf erhält — wobei man ja noch immer darüber reden kann, wie viele von den kleinen, zwischen Åland und den finnischen Ufern liegenden Inseln weiterhin zu Finnland gehören sollen —, erscheint eine Irredentia fast ausgeschlossen, die wenigen finnischen Bewohner der Inseln werden dazu kaum in der Lage sein. Auf der anderen Seite sollten beide Staaten an einer unparteiischen Lösung der Frage das allergrößte Interesse nehmen, das Neben einer englischen Flotte sollte jeden Verhängnis daran erinnern, daß jederzeit Gibraltar auf ähnliche, nur durch äußerliche Umstände etwas verschiedene Art in englische Hände fiel. Was hat Finnland davon, falls es heute in seinem Interesse die Inseln mit englischer Hilfe vor Schweden bewahrt, wenn der einzige Erfolg solcher Politik die Errichtung einer englischen Flottenstation auf Åland ist?

Die Regierungsbildung in Bayern

München, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungsbildung in Bayern wird sich weitens einfacher gestalten, als dies im Reiche der Fall ist. Schon heute kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Deutsche Demokratische Partei aus der Regierung austreten wird. Es verbleiben also nur noch der Bayerische Bauernbund, die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) und die Bayerische Volkspartei für die Regierungsbildung. Denn es ist wohl so gut wie sicher, daß die drei sozialistischen Gruppen der Regierungsbildung fernbleiben werden. In sich wäre in Bayern schon eine Regierung lediglich aus Bayerischer Volkspartei und Bayerischer Mittelpartei möglich, da diese beiden Parteien zusammen über insgesamt 84 Sitze verfügen und somit allein schon die Mehrheit im neuen Landtage haben. Es ist aber sicher damit zu rechnen, daß der Bauernbund wieder mit bei der Regierungsbildung beteiligt sein wird, so daß also aller Wahrscheinlichkeit nach die neue Regierung in Bayern sich zusammensetzen wird aus Bayerischer Volkspartei, Mittelpartei und Bauernbund. An Stelle der beiden auscheidenden demokratischen Minister werden also wahrscheinlich die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei den Handelsminister und den Justizminister zu stellen haben, vorausgesetzt, daß nicht innerlich das Kabinett selbst Veränderungen vorgenommen werden. Verschiedene Anekdoten sind im Umlauf, die Ministerpräsident Dr. v. Kulling heißen wird. Dr. v. Kulling war im monarchischen Bayern der letzte bayerische Kultusminister. Andere wieder behaupten, daß der bisherige Ministerpräsident Dr. v. Kahr von der Bayerischen Volkspartei wieder der Volksvertretung präsentiert werden wird.

Frankreichs Lehren aus den Reichstagswahlen

Genf, 10. Juni. (Drahtbericht.) In Paris macht sich plötzlich die Erkenntnis geltend, daß die schicksalhafte Politik der Entente gegenüber Deutschland wesentlich zum Ausfall der Reichstagswahlen und zur Unterlegung der bisherigen Regierungskoalition beigetragen hat. In der Presse kommt die lebhafteste Verurteilung zum Ausdruck, daß die Durchführung des Versailleser Friedensvertrages in Zukunft auf noch höhere Schwierigkeiten stoßen wird als bisher.

Um die Wahlurne herum

Erlebtes am Wahltag. Ich muß gestehen, ich war nicht entsetzt, als mir die offizielle Einladung als Wahlberechtigter zukam. Ein ganzer Tag an der Wahlurne! Das wird eine stumpfsinnige Sache werden!

Immerhin: die Frau hat im neuen Deutschland Rechte — da muß sie auch, soweit es in ihren Kräften steht, Pflichten auf sich nehmen. Ich sagte also ja. Und ich bin froh darüber. Denn der Wahlsonntag war äußerst interessant; noch nie würde mir die Wilden und Erlebensreiche durchsichtiger, wenn ich daran denke; unendlich viel Einfaches und Heileres gab es zu beobachten.

Nur als 1400 Wähler haben ihre Stimme bei uns abgegeben, und jeder mit einem anderen Gesichtsausdruck: wie ernst, feierlich — andere bloß, kränkelnd, verärgert — einige trübsalig und finster — wieder andere schmerzhaft gleichgültig, sehr viel Befangen, ängstlich.

Auch viele enttäuschte Gesichter habe ich gesehen, wenn der Name nicht in der Wählerliste stand. Es ist erstaunlich, daß so viele die Listen wieder nicht eingesehen hatten. Manche waren sichtlich betrübt und wollten's gar nicht glauben — andere jagten schnell wieder ab: na, denn nicht! Eine besonders energische Frau sah bei der Abweisung den verlogenen Ehemann an: "Siehst du, da laufen wir bei dem Regen rum, und nun ist's noch nicht mal was!" Auf eigenartige Weise machte ein Jüngling seinem enttäuschten Herzen Luft. Er überließ sich erbost dem Wahlvorstand und rief dann: "Über dazu sind doch die Beamten da, daß man eingetragene wirbt!" Wir waren natürlich jerschmettert!

Am liebsten habe ich das Amt des Zurechnungswahlers vor den Wahlzellen übernommen. Dabei erlebte man am meisten. Wir hatten rechts und links vom Eingang je einen Vorposten, es galt nun, die Wähler auf jeden Fall einzeln hineinzuabzuleiten.

Das war oft gar nicht so einfach! Die Ehefrauen sahen mich manchmal ganz entsetzt an, wenn ich sie dem Herrn Lad Bedieler nicht in die Zelle folgen ließ. (Sont waren sie gewiß nicht so "soßig", aber hier war ihnen die Sache allein recht unheimlich.) "Aber Fräulein, wir sind doch verheiratet!" Das habe ich immer wieder in allen Sorten geäußert.

War die Trennung dann mit guten Ratschlägen erfolgt, gab's oft reizende Zwischenfälle. Ein besonders jählicher Groll rief mir zu: "Helfen Sie ihr doch, Fräulein! Sie ist ja zu dumm dazu!" Ja, manche Frauen waren noch recht befangen, trotz der Erklärungen der letzten Wochen. Immer wieder mußte ich die Sache mit dem blauen Umschlag erklären. Eine Frau verstand darauf überhaupt in der Zelle. Erregtes Nachhaken in dem Zelleingang! Aber, sie findet nicht den richtigen. Sie fragt mich: Ich darf natürlich nichts sagen. Sie verschwindet wieder. Die Menge flaut ab, die Wahlzelle wachst. Wo ruft's aus der Zelle: "Fräulein, wo ist denn hier der Wahlzettel?" — Sie wollte wahrhaftig Namen und Adressen auf dem Zettel vermerken!

Anhängigen ausgedrückt werden sollte. Während von extremer Seite ein Ja-Lage beantragt wurde, auch die Kommunisten zu begünstigenden, traten Renaudel und der Deputierte Dium dafür ein, jede Kundgebung zu unterlassen, die den Eindruck einer Parteinahme der sozialistischen Sozialisten gegen die Mehrheitssozialdemokratie erwecken müßte, denn es sei sehr wünschenswert, daß die Lage in Deutschland die sozialistischen Gruppen dazu führe, auch einen neuen Block zu bilden. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, welche die Unabhängigen zu ihrem Sieg beglückwünschte und gleichzeitig den Wunsch ausdrückte, daß die deutsche Sozialdemokratie sich wieder den Grundätzen des internationalen und revolutionären Sozialismus zukehre, die seit Marx, Engels, Wilhelm Liebknecht und Bebel ihre Stärke gebildet hätten.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen in Sachsen

Table with 4 columns: Party Name, 1919, 1920, Gewinn (-) oder Verlust (+). Rows include Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Partei, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Sozialistische Parteien (Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Kommunisten), and a total row for Stimmenzahl insgesamt.

Die Wahlbeteiligung hat also 1920 auf etwa gleicher Höhe gestanden wie 1919. Im übrigen zeigt das Ergebnis drei wichtige Punkte. In erster Linie sieht, daß die sozialistischen Stimmen um volle 200 000 zurückgegangen sind; demgegenüber haben die bürgerlichen Parteien einen Zuwachs von über 108 000 Stimmen zu buchen, ein Ergebnis, das man vorher wohl kaum erwartet hätte. Sodann zeigt sich, wie im Reiche so auch in Sachsen, eine außerordentliche Schwächung der Mittelparteien. Mehrheitssozialisten und Demokraten, die der Regierung das Fundament bisher gebildet, haben 865 000 Stimmen verloren.

Eine Erklärung Brodtkorn-Rangaus

Berlin, 10. Juni. (Drahtbericht.) Der Reichsminister des Innern, Dr. v. Brodtkorn-Rangaus, stellt gegenüber einem Artikel der "Vollst." vom 6. Juni, "Weisheit, nicht Härnisch" in einer Erklärung fest, es sei nicht wahr, daß er jemals auch nur entfernt angebotet habe, es besthe ein zweiter Vertragstextwurf der Entente, der, wenn Deutschland sich weigere, zu unterschreiben, sofort aus der Entente der feindlichen Unterhändler herauszuwerfen worden wäre, ferner, daß er in Köln mit den Engländern verhandelt habe, und schließlich, daß er sich in seiner Haltung bei der feierlichen Eröffnungssitzung der Friedenskonferenz von einem amerikanischen Obersten habe beeinflussen lassen.

Zur Frage der Regierungsbildung

Berlin, 10. Juni. (Drahtbericht.) Von einer dem Reichspräsidenten nahebestehenden Seite wird berichtet: Solange eine Reihe zum Teil führender Parlamentarier fern von Berlin und in ihren Wahlbezirken weilt, und solange aus diesem Grunde von einer klaren Stellungnahme jeder einzelnen der neuen Fraktionen nicht geredet werden kann, ist eine maßgebende Beurteilung der Lage nicht möglich. Soweit sich die Lage aber schon übersehen läßt, wird es leider dem Reichskanzler nicht gelingen, die widerstreitenden Elemente zu einigen, so daß er wenn nicht eine unerwartete Wendung zum Guten eintritt, seine Aufgabe in die Hände des Präsidenten zurücklegen wird. Dann aber gibt es, falls nicht einem anderen Minister das schwierige Werk gelingt, nur eine Hoffnung auf Lösung der Krise, nämlich den Reichspräsidenten selber. Der Reichspräsident wird dann die Führer der Parteien zu einer Versprechung einladen und sie daran gemahnen, daß einmal das Wohl des Volkes über den von sich wohl begründeten Parteinteressen stehen und daß vor allem auch der Parlamentarismus den Parteien die Pflicht auferlegt, politische Arbeit zu leisten und nicht müßig beiseite zu stehen.

Berlin, 10. Juni. (Drahtbericht.) Im Laufe des gestrigen Tages hatte der Reichspräsident Ebert lange Besprechungen mit dem Reichskanzler Hermann Müller, später mit dem Vizekanzler Koch. Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Abgeordneter Ermborn, trifft heute in Berlin ein, um mit seinen Parteifreunden zu beraten.

Deutsch zum Nachfolger Polks ernannt. Präsident Wilson hat den Unterstaatssekretär im Schatzamt und den Finanzdelegierten der Vereinigten Staaten in der Konferenz Davis zum Nachfolger Polks als Unterstaatssekretär des Auswärtigen ernannt.

Andere bemühten sich eifrig, die — nicht gummierten — Umschläge zuzukleben, bis ich sie beruhigte. Sollte man sie mit gutem Zureden aus der Wahlzelle herausbuzzeln, kam es mehrfach vor, daß sich schwächere Wählerinnen ebensol nicht auf ihre Hausnummer befinden konnten.

Am geschäftigsten aber machte es ein junges Mädchen. Es ging — einen Haufen Zeit in der geballten Faust — festen Schrittes in die Wahlzelle — arbeitete erregt darin herum — und wollte dann befristet den Heimgang antreten. Ich hielt es für: Sie haben doch noch gar nicht gewählt? — Wo ist denn Ihr Umschlag mit dem Wahlzettel? — Da deutete es stolz — auf dem Papierhaufen in der Zelle — hatte ich für die Wahlurne gehalten. Ich will übrigens mit diesen Beobachtungen keineswegs die wählende Frau herabsetzen. Im Gegenteil, die Wahlbeteiligung der Frauen war bei uns ausfallend lebhaft, und viele wählten ganz ruhig und unbeschäftigt. Bald werden alle die äußere Sicherheit haben; die Hauptfrage ist ja auch, daß sie lernen, sich innerlich frei, auf Grund eigener Meinung zu entscheiden. Die häßliche Frage hat übrigens ein Herr an mich gestellt. Die Geschichte ist fast zu niedlich, um wahr zu sein, aber — ich kann mich dafür verbürgen.

Er erschien an der Tür des Wahlraumes — warf einen Blick in die Wahlzellen — sie waren zufällig beide von Frauen besetzt — und fragte mich dann höflich: "Ach, entschuldigen Sie, Fräulein, hier ist wohl nicht für Männer?"

Regen-Fest in Jena. Vom 2.—4. Juli wird Frau Mar Keger nach einjähriger Pause wiederum ein Regen-Fest, das dritte, geben. Zur Aufführung kommen Chöre, Kammermusik, Orgelwerke, Klavierstücke, Vokal u. a. Als Mitwirkende wurden gewonnen: Frau Iracema Brückmann, Adolf und Fritz Wolf, Paul Gummert, Jos. Pombaur, Alf. Stöckel, Pphl. Dreisbach, das Falsch-Quartett, der Philharmon-Chor von Jena und der Jenaer Männer-Gesangverein.

Theaterchronik. Hermine Körner hat für ihr Münchner Schauspielhaus das Lustspiel der beiden schauinsinnigen Pariser Journalisten de Flies und Collinet "Die Fahrt ins Blaue" erworben. — Hans Frank tritt am 1. Juli, mit Wiederbeginn der Direktion Dumont-Rindmann, aus dem Verband des Daffelbörker Schauspielhauses aus. Damit geht auch die Herausgabe der "Masken", die er 6 Jahre lang mit kurzer Unterbrechung geführt hat, in andere Hände über.

Von der Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bibliothek in Leipzig. Der durch die Neuanmeldung von Mitgliedern erzielte Zuwachs zum Vermögen, einschließlich einiger Erhöhungen der laufenden Jahresbeiträge und nachträglicher Erwerbungen der Mitgliedschaft für vergangene Jahre, betrug rund 45 000 M. Dieses Ergebnis kann in Anbetracht der gerade für die Verbringungen der Gesellschaft besonders unvorteilhaften allgemeinen Verhältnisse als erfreulich bezeichnet werden.

Noch keine Lösung

Die „Sozialistische Partei“ und der Unabhängige Breitscheid gegen eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung.

Berlin, 10. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Sozialistische Partei“ beschäftigt sich mit der Frage der Kabinettbildung und schreibt: Wir können uns nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammenschließen, nachdem sie uns noch soeben als korrupt und unfähig durch den Druck gezwungen hat. An sich sind die Parteigenossen kaum irgendwo unüberwindlich, und der Gegensatz zwischen kapitalistischen Volksparteikern und sozialistischen Demokraten ist nicht so unendlich groß, wie die kulturelle Gegenüberstellung zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen. Die verschiedenen Staatsauffassungen zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen. Die Blätter der Deutschen Volkspartei reden uns gut zu, das Vergangene begraben zu lassen und die Notwendigkeit aufbauender Arbeit zu erblicken. Aber die Volkspartei hat den ganzen Wahlkampf gegen uns geführt und als ihr Ziel verhandelt, unseren Einfluß in der Regierung zu brechen oder doch zu schwächen. Sehen wir uns sehr mit ihr zusammen, würden wir anerkennen, daß sie das erreicht hat. Die Aufnahme der Volkspartei in die Koalition wird erst dann möglich werden, wenn sie in ihren Ansprüchen uns gegenüber viel bescheidener geworden ist, als das in der Nationalversammlung die Demokraten waren, also wenn sie bereit sind, der Tatsache voll Rechnung zu tragen, daß im Reichstag 109 Sozialisten sitzen. Gegenwärtig kann davon nicht die Rede sein, und trotz allen Geschwäzes über die Koalition von Scheidemann bis Stresemann dürfte feststehen, daß in der Sozialdemokratie sich keine Stimme dafür erheben wird. Nicht also doch die bürgerliche Parteiregierung, die Rechtsregierung entweder unter Annahme der Demokraten (Schriftl. des 2. L.) oder mit ihrer schwebenden Bildung auf Zeit. Diese Regierung bedeutet Befreiung des Betriebsratsgesetzes, Aufhebung des Arbeitsvertrages und Einführung einer Kammer der Arbeit mit ewiger bürgerlicher Mehrheit, welche den Reichstag des gleichen Stimmrechtes lahmlegt. Die Unabhängigen haben über diese Punkte, die Lage werde klarer werden und die Kompensation der Arbeiterklasse günstiger. Das ist einfach Unfug. Die bürgerlichen Wähler beweisen, daß eine solche Rechtsregierung mit ihrpeltischer Wahlmacht auf unüberwindlich lange Zeit auch maßhaltlich im Vorteil bleiben kann. Dem Zentrum und den Demokraten ist bei dem Gedanken an diese Rechtsregierung nicht sehr wohl, denn die Gefahr des Bürgerkrieges wächst durch eine solche Regierung der Rechte, die notwendigerweise eine Kampfrichtung gegen die Arbeiterklasse werden muß, außerordentlich. Eine Hoffnung für den Sozialismus ist das nicht. Die Sozialdemokratie muß jeden Versuch ablehnen, als Minderheit durch Gewalt zur Macht zu kommen, und in der bevorstehenden Krisenzeit, wenn Reichswehr und Sicherheitspolizei der bürgerlichen Regierung unbedingt zur Verfügung stehen, sind die Aussichten für Generalstreik oder Putsch gleich Null. Das Ausschließen der Sozialdemokratie aus der Regierung kann keine grundsätzliche Abgabe an die Koalitionspolitik bedeuten. Aber auch so ist es ein schwerer Machtverlust für die Arbeiter, dem keinerlei Gewinn gegenübersteht. Gleichwohl können die Sozialdemokraten nichts anderes tun als ausweichen, denn die Erhaltung der Wahl ist gezeigt, daß sonst das nächste Mal die Opposition rechts und links noch härter ansetzt, und das Ausschließen wäre dann so wie so unvermeidlich. Wir haben kein Recht, die Parteigenossen zu rufen. Wir müssen abwarten, bis bei den Arbeitern selbst die bessere Einsicht zurückkehrt. Danach bleibt für die nächste Zeit jedenfalls die bürgerliche Rechtsregierung die einzig mögliche.

Zu dem gleichen Schluß kommt auch der Unabhängige Rudolf Breitscheid in der „Freiheit“: Der bürgerliche Block wird der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung sicherlich sehr große Schwierigkeiten bereiten, aber er befreit in unseren Augen doch den großen Vorkrieg, der das Parlamentarismus notwendig in eine geschlossene Kampffront zwingt. Das Regiment wird ihm wahrlich nicht leicht werden. Besonders schwer hat die rechtssozialistische Partei auf die Schwierigkeiten, die in der auswärtigen Politik erwachsen könnten. Man wird sich auch in der auswärtigen Politik sehr bald herausstellen, daß die Wand stärker ist als die Köpfe der nationalistischen Maulbeeren. Wir sagen das alles nicht, um die Gelehrten der Rechtsregierung geringer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich sind. Auf jeden Fall kann es sich bei einer bürgerlichen Regierung nur um einen Übergang handeln; sie wird nach aller Voraussicht das wesentlichste dazu beitragen, daß aus der halben Revolution bald eine ganze gemacht wird.

Berlin, 10. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In einer sozialdemokratischen Versammlung sagte gestern abend der Redakteur Erwin Barth, wenn die Unabhängigen auf ihrem Standpunkt beharren, jede Mitarbeit an einer Koalition abzulehnen, sei es — wolle man sich nicht dazu bereit finden, einer bürgerlichen Koalition in den Sattel zu steigen — erforderlich, von zwei Lieben das kleinere zu wählen und die Koalition nach rechts zu verdrängen. Wenn es sich um das Wohl des Volkes handelte, müßten die einzelnen Parteien Einsicht zeigen und stark und mutig genug sein, daß die Parteipartei zu bringen.

Verliner Museumsforschungen. Einen religionsgeschichtlichen bedeutsamen Fund hat jüngst im Berliner Neoplatonischen Museum die Abformung des berühmten Sandsteinreliefs aus Theben ergeben, das man bisher für ein übernommenen Andachtsbild des reformatorischen Pharaos Amenophis IV. hielt. Es kamen, wie Director Schäfer in den „Berliner Nachrichten“ ausführte, mehrere Uebersetzungen an dem Relief zum Vorschein, die ebenso wie andere derartige Veränderungen offenbar unter diesem König erfolgt sind. Es steht nun fest, daß er am Anfang seiner Reformaktion noch für seinen Gott das Bild eines falckenköpfigen Menschen gebrauchte, wie es auf dem Relief erscheint, während er erst später das Sonnenbild dafür einführte. — Aus indischen Bildnerarbeiten veröffentlicht Direktor Grünwedel an gleicher Stelle ein hübsches Bildchen, die Darstellung des „Fensterins“, was in Indien seit uralter Zeit Sache der beliebtesten Mädchen ist. Wir sehen ein Mädchen in moderner Tracht (sogar Sose) in nächster Landschaft sich umhlicken, während im Hintergrunde Gewitterwolken brohen, Schlangen sich den Füßen der Ausschreitenden nähern und ein Vachsigespenst von einem Baume aus her anredet. Allein sie erhebt hohelt ihren Mantel und verdeckt damit den Anblick der nächsten Schreden. Abbildung ist der Titel einer solchen Dame, wohl bekannt aus den Romanen der Sanskritliteratur; die Schärnwache saluttet vor ihr, sobald das Jaderwort abhörbar sich hören läßt, Räuber und Diebe schonen sie nicht bloß, sondern schühen sie sogar, selbst die Tierwelt läßt sie ungeschädigt gehen.

Die jüngste medizinische Ehrenbehrung der Berliner Universität. Frau Hedwig Hovl. Die aus Anlaß ihres 70. Geburtstages die Ehrenbehrung erbielt, läßt sich in der Sammlung „Die Wäher der Frau“ (Union Deutsche Verlags-Gesellschaft) einen Band „Die erfahrene Frau im häuslichen Wirkungskreis“ entnehmen.

Ein wichtiges biographisches Moment. Ein besonderes Kuriosum einer Doktorarbeit ist im Jahre 1879 ein junger Berliner Botaniker, der nachmalig Professor einer südamerikanischen Universität geworden ist und vermutlich noch heute als solcher wirkt. Ob er doch dem üblichen Lebenslauf, freilich nur in einigen Exemplaren, den demwichtigen Schlußsatz: Während seiner Studienzeit krank der Verfasser ca. 6 (genau 5 900) Kubikmeter Bier.“ Die Berliner Staatsbibliothek besitzt von dieser Dissertation, in einem Bande gebunden, zwei Exemplare, eines mit dem feuchtschreiblichen Jafsig, das andere ohne Jafsig.

Die jüngste medizinische Ehrenbehrung der Berliner Universität. Frau Hedwig Hovl. Die aus Anlaß ihres 70. Geburtstages die Ehrenbehrung erbielt, läßt sich in der Sammlung „Die Wäher der Frau“ (Union Deutsche Verlags-Gesellschaft) einen Band „Die erfahrene Frau im häuslichen Wirkungskreis“ entnehmen.

Ein wichtiges biographisches Moment. Ein besonderes Kuriosum einer Doktorarbeit ist im Jahre 1879 ein junger Berliner Botaniker, der nachmalig Professor einer südamerikanischen Universität geworden ist und vermutlich noch heute als solcher wirkt. Ob er doch dem üblichen Lebenslauf, freilich nur in einigen Exemplaren, den demwichtigen Schlußsatz: Während seiner Studienzeit krank der Verfasser ca. 6 (genau 5 900) Kubikmeter Bier.“ Die Berliner Staatsbibliothek besitzt von dieser Dissertation, in einem Bande gebunden, zwei Exemplare, eines mit dem feuchtschreiblichen Jafsig, das andere ohne Jafsig.

Ein wichtiges biographisches Moment. Ein besonderes Kuriosum einer Doktorarbeit ist im Jahre 1879 ein junger Berliner Botaniker, der nachmalig Professor einer südamerikanischen Universität geworden ist und vermutlich noch heute als solcher wirkt. Ob er doch dem üblichen Lebenslauf, freilich nur in einigen Exemplaren, den demwichtigen Schlußsatz: Während seiner Studienzeit krank der Verfasser ca. 6 (genau 5 900) Kubikmeter Bier.“ Die Berliner Staatsbibliothek besitzt von dieser Dissertation, in einem Bande gebunden, zwei Exemplare, eines mit dem feuchtschreiblichen Jafsig, das andere ohne Jafsig.

Handels-Zeitung

Zinszahlung auf ungarische Staatspapiere. Laut Mitteilung des ungarischen Finanzministers werden ab 1. Juni 1920 die fälligen Coupons folgender Anleihen unter den bisherigen Beschränkungen eingelöst werden: 4proz. Kronrente, 5 1/2proz. Juni-Dezember-Kriegsanleihe der 2. und 7. Emission, 5 1/2proz. 1920 fällige Staatskassenscheine und 5proz. Staatskassenscheine der Emission vom 9. April 1918. Die Zinszahlung bleibt also auf in Ungarn verwaltete Anleihenbesitzer ungarischer Staatsbürger und auf die seit Oktober 1918 in Budapest wohnhafte deutscher und neutraler Staatsbürger beschränkt.

Anmeldung von Auslandsforderungen. Die Handelskammer Leipzig macht darauf aufmerksam, daß deutsche Auslandsforderer, welche die Höhe ihrer Auslandsforderungen zunächst nicht angeben können, dieselben zur Wahrung ihrer Rechte eine Anmeldung und zwar zunächst nur auf einem Anmeldebogen (Nr. 6-m) für den Provinzial-Sachsen und Regierungsbezirk Merseburg zuständigen Reichsgericht, Zweinstadte-Leipzig, Reichsplatz (Medien) einreichen haben. Die Anmeldung ist eine von dem Reichsgericht gerichtete Auforderung zur Bekanntschaft der Höhe der Forderung in vierfacher Ausfertigung beizulegen, damit durch Vermeidung der Auslegung der Höhe des Anspruchs festgelegt und die ordnungsgemäße Anmeldung später nachgeholt werden kann. Ebenso ist zu verfahren bei Forderungen unbestimmter Höhe, die in auswärtigen Zweinstadte-Leipzig von deutschen Firmen entstanden sind, die hier ihren Hauptsitz haben.

Die Stadtgemeinde Zeulenroda nimmt eine Anleihe von 3 Mill. Mark bei einem Zinsfuß von 5 Proz. auf.

Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt eröffnet heute in Merseburg eine Zweigniederlassung.

Die Bayerische Staatsbank. Der Ausweis der Bank vom 30. April schließt mit einem Stande von 2213,7 Mill. Mark gegen 2248,01 Mill. Mark von Ende März. Gutscheine haben sich auf 29,3 gegen 34,79 Mill. Mark vermindert.

Die Bayerische Versicherungsbank, Akt.-Ges. Von 1,17 (L. V. 1,43) Mill. Mark Reingewinn werden 0,7 (0,8) Mill. Mark zur Ausschüttung einer Dividende verwandt.

Schultheiß-Patzenhofer. Zu der Verschmelzung dieser größten Berliner Brauereien hört die 'Voss. Ztg.', daß die Art der Durchführung des Zusammenschlusses noch nicht feststeht. Es sei noch ungewiß, ob man auf eine Interessengemeinschaft oder auf eine völlige Fusion zu kommen werde. Letzteres sei aber wahrscheinlich, dann würde die Patzenhofer auf die Schultheiß-Brauerei übergehen. Die Aktienumtausch würde insofern nicht ganz leicht werden, als bei Patzenhofer Aktientagungen von 300, von 1000 und von 1200 K. vorhanden seien. Rein rechnerisch könne man dann einen Umtauschverhältnis von 9 zu 10, d. h. 10 Patzenhofer auf 9 Schultheiß-Aktien, für möglich halten.

Neue Fusion im Braugewerbe. Die Bürgerliche Brauhaus-Akt.-Ges. in Memmingen vereinigt ihren Betrieb mit dem der Brauerei Gebrüder Bilgram in Memmingen und erhöht zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 1,5 Mill. Mark.

Van der Berghs Margarine-Konzern in Rotterdam, der auch in Deutschland weitgehendes Interesse besitzt, nimmt neuerlich eine Kapitalerhöhung von 1200000 Gulden (9proz. Vorzugsaktien) vor, womit teilweise die in Deutschland erworbenen Fabriken und Beteiligungen bezahlt werden sollen.

Die Ausfuhr kubanischen Rohrzuckers belief sich seit Beginn der Ernte bis Anfang März auf rund 16,96 Mill. Zentner, wovon 2,88 Mill. Zentner nach Europa, hauptsächlich nach England, verfrachtet wurden. In dem entsprechenden Zeitraum der beiden vorangegangenen Betriebsjahre wurden aus Kuba 11,19 bzw. 8,94 Mill. Zentner ausgeführt.

Deutsche Seefischerei-Akt.-Ges. in Cuxhaven. Das im März vorigen Jahres gegründete Unternehmen erzielte einen Gewinn von 98 222 K., der neu vorgetragen wird.

Cuxhavener Hochseefischerei. Zum Zwecke der Erbauung von neuen Dampfern beabsichtigt die Gesellschaft eine Kapitalerhöhung.

Maschinen- und Waggonfabrik Borching, Akt.-Ges. Bei 415 145 K. Rohgewinn ergibt sich nach Deckung der Unkosten ein Verlust von 2229 K., um den sich der Verlustvortrag auf 104 908 K. erhöht.

Mainkraftwerke. Die Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 8 auf 16 Mill. Mark. Von den neuen Aktien gehen 1 1/2 Mill. an die Elektrizitätsgesellschaft Lohmeyer über gegen Ueberlassung von 1 1/2 Mill. Mark Aktien der Elektrizitätswerke Rheingau. Die restlichen 6 1/2 Mill. Mark mit zunächst 25 Proz. Anzahlung sollen den alten Aktionären zum Nennwert zuzüglich Spesen angeboten werden.

Mechanische Weberei am Mühlbach in Augsburg in Liquidation. Das Unternehmen verwendet sein Bankguthaben von rund 250 000 K. zur Verteilung einer ersten Liquidationsrate von 275 K. eine zweite Rate soll am 1. Juli verteilt werden. Damit hat die Gesamtschuldung 2,95 Mill. Mark erreicht.

Universum-Film-Akt.-Ges. Aus Anlaß des geplanten Ausbaues des Ufa-Konzerns und der auf 50 Millionen geplanten Erhöhung des Kapitals der Universum-Film-Akt.-Ges. besteht, wie die 'Frk. Ztg.' berichtet, bei der Gesellschaft auch der Plan, ihre auswärtigen Interessen in eine neue Gesellschaft einzubringen, an der sich dann auch die Gesellschaft vertretenden ausländischen Firmen beteiligen werden.

Nürnberg Lagerhaus-Gesellschaft. Der diesjährige Reingewinn beträgt 6,947 Mill. Mark gegen 11,347 Mill. Mark im Vorjahr. Die Dividende beträgt wieder 4 Proz.

Norddeutscher Lloyd. Einer Kopenhagener Meldung zufolge soll, wie der 'Berl. Lok.-Anz.' meldet, ähnlich wie bei der Hapag zwischen dem Lloyd und der United States Wall-Steaming-Ship Co. ein gemeinsames Zusammengehen abgeschlossen sein.

Continental Rederei, Akt.-Ges., in Hamburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 6 Proz. fest, nachdem ein Aktionär eine Erhöhung der Dividende auf 10 Proz. beantragt hatte. Der Vorsitzende schilderte die Lage der Gesellschaft als günstig.

Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen in Bochum. Laut Jahresabschluss für 1919 ergibt sich ein Betriebsverlust von 4 804 357 K. (L. V. 1 019 623 K. Reingewinn und 9 Proz. Dividende). Nach Abschreibungen des Reservefonds auf das Verlustkonto verbleibt die Summe von 4 118 969 K. als Verlustvortrag. Wie die Verwaltung bemerkt, seien die Aussichten sehr schlecht und es seien kaum Aussichten für eine durchgreifende Besserung vorhanden. Alle deutschen Straßenbahnen würden in kürzester Zeit vor der Möglichkeit großer Entlassungen stehen. Bei dem achtstündigen Arbeitszeit und den heutigen Löhnen seien die Bahnen nicht wirtschaftlich zu betreiben und müssen zum Erliegen kommen.

Berliner Börse vom 10. Juni. Trotz der immer noch ungeklärten Lage zeigte die Berliner Börse ziemlich feste Haltung. Das Geschäft war allerdings ziemlich gering.

Am Montanmarkt waren Bochumer, Deutsch-Luxemburg, Oberkoks, Caro, Kattowitzer, Bismarckhütte, Phönix und Rheinische Braunkohlen sowie Lothringer Hütte gestiegen. Dagegen mußten sich Hohenlohe, Hösch, Mannesmann und Rheinisch-Klein-Eisenbahnen gefallen lassen. Bei den Kolonialpapieren standen Schantung im Vordergrund des Interesses und wurden fest. Pomona, Sloman und Olavi schwächten sich dagegen ab. Schiffahrtswerte zeigten wenig Veränderung. Hapag und Hamburg-Süd waren anfangs etwas fester, gaben aber später eine Kleinigkeit her. Argo war von Anfang an niedriger, Hansa begehrt und fest. Von Petroleumwerten waren Deutsche Erdöl steigend, während Stearns Romana 70 Proz. verloren. Chemische Werte gaben durchweg nach, nur Goldschmidt stieg an. Bei den Elektrowerten lagen Deutsch-Überssee und Felten niedriger. A. E. G. erholten sich nach schwachem Beginn. Metallwerte waren im allgemeinen steigend. Deutsche Kali verloren allerdings einige Prozent. Am Bankaktienmarkt war die Stimmung

lustlos, nur Handelsgesellschaft verkehrte etwas freundlicher. Die von Wien abhängigen Papiere blieben sämtlich ein. Von den sonstigen Aktien sind Daimler, Deutsche Waffen und Orenstein & Koppel als niedriger, Zellstoff Waldhof als fester zu nennen.

Am Einheitsmarkt war die Tendenz gelockert. Bremer Glas, Deutsche Spiegel und Harburg-Wiener Gummi wurden zu weichenden Preisen gehandelt. Höher stellten sich dagegen Kolmar & Jourdan und Hilgers Verzinneher.

Am Markt der amtlich nicht notierten Werte waren Polyphon mit 190 etwas schwächer, Scheidemann, Becker Stahl und Fahlberg-List gesucht. Auch Meyer-Kaufmann war fest. Mansfelder Kuxe notierten 2650.

Deutsche Anleihen waren im allgemeinen unverändert, Mexikaner und Türken bröckelten ab.

Der Devisenmarkt neigte anfangs zur Schwäche, später wurde er schwankend. Auszahlung Warschau notierte 21, polnische Noten 21 1/2, rumänische Noten 85, deutsche Goldstücke 185 K.

Aus dem Ausland wird die Mark gemeldet: aus Zürich mit 14,10, Holland 7,15, Stockholm 12 1/2, Kopenhagen 15 1/2.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table titled 'Kurse der Berliner Börse am 10. Juni' with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table titled 'Kurse der Leipziger Börse am 10. Juni' with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Dresdner Börse vom 10. Juni. Es herrschte auch heute Zurückhaltung. Der Grundton war ziemlich fest. Von Bankaktien wurden Sächsische Bank höher und Chemnitz Bankverein niedriger gehandelt.

Am Maschinenmarkt konnten namhaft anziehen: Sächsische Gußstahl 251-261 1/2, Hartmann 251 1/2-300, Schubert & Salzer 316-327 1/2, Seidel & Naumann 309-214 1/2, Deutsche Gußkugel 173-179.

Ferner wurden Größlitzer, Hille, Seck, Paschen, Rockstroh, Pöge und Corona höher gehandelt. Unter gestrige Notierung stellten sich Zimmermann & Escher und Phönixia - 2, Germania - 4 1/2, Speichererei 210-215 zogen an.

Von den übrigen Papieren gewannen Ernemann 2, Siemens 3 Proz., Sächsische Glas & Sörnewitzer 3, Gehe 4 Proz. Am Anlagemarkt kam es bei den Stadtanleihen und Pfandbriefen bei festen Kursen zu größeren Umsätzen.

Leipziger Börse vom 10. Juni. Bei beschränkten Umsätzen konnte der Markt eine einheitliche Verfassung nicht gewinnen. Allerdings überwiegen am Markt der Einheitswerte die Kursbesserungen. Von variabeln Papieren gaben Mansfelder Kuxe weitere 100 K. her.

Die variablen Textilwerte waren teilweise scharf gedrückt, so Stöhr und Leipziger Wolle. Auch Thüringer Wolle versuchte sich nicht zu behaupten. Dagegen hoben ihren Stand Norddeutsche Wolle, Hartmann und Hugo Schneider konnten den Markt mit Gewinn verlassen, während Chemnitz Zimmermann zurückfielen. Gebessert waren Hallesche Zucker, wogegen Thüringer Gas und Piano Zimmermann nachgeben mußten. Unverändert waren außer Adca und Hupfeld Harthau und Germania.

Auf dem Gebiete der Einheitswerte fielen von Montanwerten Oelsaiter Kuxe zurück. Auch für sächsische Kohlenaktien war die Stimmung nicht günstig. Hier war eine Einbuße von Erzebergern zu verzeichnen. Freundlicher stand man den westlichen Montanpapieren gegenüber, von denen Bochumer und Harpener anzogen. Maschinenpapiere lagen geteilt. Es besserten sich Pfitzer sowie Schubert & Salzer, während Sondernern & Stier sowie Köllmann nachgaben. Textilaktien veränderten sich fast nicht; nur Deutsche Spitzen verließen den Markt mit Gewinn. Bei den sonstigen Industriepapieren sind mehrfach Steigerungen zu verzeichnen, so bei beiden Riebeck, Wurzer Bier, Wurzer Kunstmühlen, Glauziger Zucker, Hohburger Quarz, Waldassens, Fritzsche, Fritsch Schulz, Güntzel sowie Reinstrom & Pitz. Demgegenüber fielen Rositzer Zucker und wenige andere zurück. Bankaktien hatten geteilte Haltung; während Disconto-Commandit und Oesterreichische Kredit aufgebessert waren, bröckelten Sächsische Bank und Bank für Grundbesitz ab. Von Transportwerten gaben Schiffahrtswerte nach. Große Leipziger Straßenbahn besserte sich eine Kleinigkeit.

Am Anlagemarkt blieb Kriegsanleihe und sächsische Rente unverändert, dagegen waren B- und S-proz. Reichsanleihen sowie 3proz. Konsols gebessert. 4proz. Reichsanleihe fiel zurück. 4proz. Konsols blieben höher gesucht. Stadtanleihen neigten zur Schwäche, besonders die Leipziger, mit Ausnahme der 4 1/2proz. und verlosbaren, die auf alter Basis umgingen. Dresdner und Chemnitz Stadtanleihen sowie Pfandbriefe veränderten sich wenig.

Von Industriebobligationen kamen die 4 1/2proz. der Wagner & Moras-Akt.-Ges. mit 97 zur Einführung.

Am Markt der amtlich nicht notierten Werte wiesen Chemnitz Spinner, Drei Linden, Lingnerwerke, Sachchar, Pöge, Rositzer Kohlen, Junge Gautsch, Junge Halle Zucker, Junge Fritsch Schulz eine Aufwärtsbewegung auf. Apollowerke, Ceres, Polak, Polyphon und Textilose gaben nach.

Neue Papiere an der Börse. Es sind 10 Mill. Mark 4proz. mündelsichere Schuldverschreibungen der Landesbank in Altenburg zum Handel und zur Notiz an hiesiger Börse zugelassen worden, ferner 25 Mill. Mark 4 1/2proz. Leipziger Stadtanleihe von 1919 (Straßenbahnleihe).

Kurse der Leipziger Börse am 10. Juni

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Table with columns: Markt, Wert, and various stock symbols like 'Deutsche Anl.', 'Rheinl. Anl.', etc.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various words and fragments.